

## Anlage 3 zur DS 145-17

Stadtverwaltung Delitzsch  
Finanzverwaltungsamt

13. Oktober 2017

Rechnungsprüfungsamt  
Frau Preussner

### **Stellungnahme zum Schlussbericht über die örtliche Prüfung zur Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 der Großen Kreisstadt Delitzsch durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) der Stadt Delitzsch**

Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 wurde am 30.06.2017 fertig gestellt. Die Prüfung durch das RPA der Stadt Delitzsch erfolgte bis zum 05.10.2017. Die sich aus der Prüfung ergebenden Feststellungen wurden im vorliegenden Schlussbericht dargestellt.

Im Folgenden die Stellungnahmen zu den einzelnen Prüfungsfeststellungen. Der Einfachheit halber wurden die Prüfungsfeststellungen des RPA aus dem Prüfbericht in kursiver Schrift dargestellt, die entsprechenden Stellungnahmen durch das Finanzverwaltungsamt im Folgenden ausgeführt. Alle vorgenommenen Korrekturen des Haushaltsjahr 2013 betreffend, erfolgten im Jahr 2014.

#### 5.2 des Schlussberichts - Prüfung der Stadtkasse

*Auf der Grund der Einführung der Doppik zum 01.01.2013 muss die Dienstanweisung der Stadtkasse 01/2006 überarbeitet werden.*

*Ebenfalls überarbeitet werden muss die Hauptsatzung auf Grund der Einführung der Doppik.*

Die Dienstanweisung für Kassengeschäfte (DA Nr. 01/2006) wird bis zum 31.01.2018 überarbeitet.

Die Überarbeitung der Hauptsatzung liegt nicht im Zuständigkeitsbereich des Finanzverwaltungsamtes.

#### 7.1.1 des Schlussberichts - Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen

*Für Zuwendungen und Umlagen sowie für Kostenerstattungen, Beiträge und ähnliche Entgelte, die die Gemeinde im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben oder aufgrund gesetzlicher oder satzungsrechtlicher Verpflichtungen an Dritte für Investitionen geleistet hat und die keine Anschaffungs- und Herstellungskosten für immaterielles, Sachanlage- oder Finanzanlagevermögen bei der Gemeinde begründen, dürfen Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen aktiviert werden. Die Sonderposten sind aufwandswirksam über*

die Zweckbindungsfrist des bezuschussten Vermögensgegenstandes oder über 10 Jahre linear vollständig abzuschreiben (§ 36 Abs. 8 SächsKomHVO-Doppik).

Gemäß Bewertungsrichtlinie der Großen Kreisstadt Delitzsch wurde eine pauschale Nutzungsdauer über 10 Jahre festgelegt. Es muss noch der Abschreibungszeitpunkt festgelegt werden (z. Bsp. Monat der Auszahlung des ersten Abschlags, Monat der Auszahlung der Schlussrechnung ...)

Eine detailliertere Festlegung zum Abschreibungszeitpunkt erfolgt im Zuge der nächsten Überarbeitung der Bewertungsrichtlinie.

In der Praxis erfolgt der Beginn der Abschreibung zum Zeitpunkt der Auszahlung des Zuschusses. Werden mehrere Teilzahlungen pro Maßnahme innerhalb eines Haushaltsjahres vorgenommen, erfolgt der Beginn der Abschreibung zum Zeitpunkt der ersten Teilzahlung für den gesamten Zuschuss.

Die Sonderpostenbildung ist nur für Gelder möglich, die investiv verwendet werden sollen. Eine Investition liegt dann vor, wenn die Maßnahmen zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten führen (§ 59 Nr. 23 SächsKomHVO).

Die Prüfung ergab, dass die Bildung folgender Sonderposten nicht zulässig war, da es sich bei den geförderten Maßnahmen um einen Abriss von Wohngebäuden handelt.

INV-2013-016491	64.320 €	ZUS-2013-000825	64.320 €
INV-2013-016490	126.060 €	ZUS-2013-000819	126.060 €
INV-2013-016489	64.320 €	ZUS-2013-000818	64.320 €
INV-2013-016488	129.240 €	ZUS-2013-000817	129.240 €

Die gebildeten Sonderposten sind zu korrigieren.

Die beanstandeten Sonderposten wurden korrigiert.

#### 7.1.2.1 des Schlussberichts - Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Geprüft wurde die im Jahr 2013 in der Anlagenbuchhaltung aktivierte Kindertagesstätte Zauberhaus.

Folgende Feststellungen ergab die Prüfung:

##### *Aufteilung der Rechnungen nach Sachkonten*

Die Aufteilung der Rechnungen nach Sachkonten ist notwendig, da z. Bsp. für „Grün“ mit Erstellung der Eröffnungsbilanz ein Festwert gebildet wurde und die Ausgaben für „Grün“ deshalb in den Aufwand zu buchen sind. Die Aufteilung der Kosten der Schlussrechnung alpina AG und Schlussrechnung May Landschaftsarchitekten erfolgte nicht sachgerecht (siehe Protokoll vom 18.07.2017).

Künftig wird auf eine exakte Aufteilung der Rechnungen nach Sachkoten geachtet.

##### *Betriebsvorrichtung*

INV-2013-016388 Zaun und Gitter- Abfanggeländer 17.474,76 €

Das gebuchte Inventar gehört zu den Außenanlagen und ist nicht als Betriebsvorrichtung zu buchen (siehe Bewertungsrichtlinie Lfd. Nr. 1).

Die entsprechende Korrektur wurde vorgenommen.

*INV-2013-016327 Gerätehaus 5.406,99 €*

*Das gebuchte Inventar gehört zu den Gebäuden und ist nicht als Betriebsvorrichtung zu buchen (siehe Bewertungsrichtlinie lfd. Nr. 2 p).*

Eine Korrektur erfolgte.

#### Sonstiges

*Die Ermittlung des bereinigten Gebäudewertes vom Bürgerhaus/Feuerwehr Laue am Bewertungsstichtag erfolgte auf der Grundlage des Ermittlungsschemas Sachwertverfahren zum Bewertungsstichtag 1. Januar 2000 statt 2003 (siehe Vordruck).*

Die Feststellung entspricht nicht der Tatsache; es erfolgte eine manuelle Fortschreibung auf das Jahr 2003. Das Ermittlungsschema wurde nicht korrigiert.

*In den Jahren 2002/2003 wurde das Gebäude saniert. Die Prüfung ergab, dass in den aktivierten Herstellungskosten für das Bürgerhaus/Feuerwehr INV-2004-015646 / INV-2004-014647 Kosten für das Nebengebäude INV-1981-015910 und das Hofgebäude INV-1989-015908 enthalten sind (42.392,85 €).*

Teilweise waren abgerechnete Leistungen nicht exakt den Gebäuden zuordenbar. Eine Aufgliederung der Rechnungen nach Flächen erschien nicht sachgerecht. Künftig wird bei Maßnahmen, die mehrere Gebäudeteile bzw. Gebäude umfassen, auf eine exakte Zuordnung der Leistungen geachtet. Ein ordnungsgemäße Zuarbeit der Fachämter ist dafür allerdings zwingend notwendig.

*Da die Maßnahme Bürgerhaus Laue/Feuerwehr bereits 2003 abgeschlossen war, hätte der Zugang der Herstellungskosten zum Anlagegut bereits 2003 (nicht erst 2004) erfolgen müssen. Dies hätte einen höheren Abschreibungsbetrag bereits ab diesem Zeitpunkt zur Folge gehabt.*

Die Aktivierung der Maßnahme erfolgte auf der Basis der letzten Rechnung zur Maßnahme im Jahr 2004. Falls eine frühere Übergabe (hier Jahr 2003) erfolgte, ist uns dies durch das Fachamt nicht bekannt gemacht worden. Eine Aktivierung bereits im Jahr 2003 war daher nicht möglich. Eine Korrektur wurde nicht vorgenommen.

*Die Aufteilung der Kosten erfolgte im Verhältnis 60 % Bürgerhaus und 40 % Feuerwehr. Der Sonderposten wurde jedoch vollständig dem Bürgerhaus zugeordnet.*

*Die Aufteilung des Sonderpostens ist zu korrigieren.*

Der Sonderposten wurde korrigiert.

#### 7.1.2.2 des Schlussberichts - Infrastrukturvermögen

##### *Ersatzbewertung von Grund und Boden des Infrastrukturvermögens*

*Die tatsächliche Bewertung von Grund und Boden des Infrastrukturvermögens erfolgte entgegen den gesetzlichen Vorgaben, entgegen den Festlegungen der Bewertungsrichtlinie und entgegen der Beschlussfassung des Stadtrates.*

Ungeachtet der Tatsache, dass die Stadt Delitzsch eine Bewertung von Grund und Boden des Infrastrukturvermögens, wie im Folgendem ausgeführt, entgegen den gesetzlichen Vorgaben vorgenommen hat, ist die Kritik, dass die Bewertung entgegen der Festlegungen in der Bewertungsrichtlinie der Stadt bzw. der Beschlussfassung des Stadtrates erfolgte zwar richtig, jedoch einzig und allein auf das Agieren des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Delitzsch vor der Beschlussfassung des Stadtrates zurückzuführen. Ursprünglich war die tatsächlich angewandte Bewertungsmethodik in der Bewertungsrichtlinie enthalten und zur Beschlussfassung vorgesehen. Auf Verlangen des RPA musste dies geändert werden. Die nunmehr im Nachgang erfolgte Kritik an dieser Vorgehensweise wird zurückgewiesen!

*Im Prüfbericht der örtlichen Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie im Prüfbericht der überörtlichen Prüfung wird auf die fehlerhafte Ersatzbewertung und die Notwendigkeit der Korrektur hingewiesen.*

Die Festlegung der Bewertung des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens entgegen den einschlägigen Bewertungsvorschriften erfolgte auf einer sachlichen Grundlage, die nach Auffassung des Finanzverwaltungsamtes, eine objektivere Bewertung des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens das gesamte Stadtgebiet betreffend, nach sich zog. Diese Auffassung, an welcher die Stadt zum gegenwärtigen Zeitpunkt festhält, wurde sowohl dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt als auch dem Rechnungshof des Freistaates Sachsen während der überörtlichen Prüfung schriftlich mitgeteilt (vgl. Anlage 1).

*Anhand des Prüfberichtes der überörtlichen Prüfung ist erkennbar, dass den Prüfern nicht die vom Stadtrat beschlossene Bewertungsrichtlinie vorgelegt wurde. Zu den Festlegungen der so nicht beschlossenen, jedoch tatsächlich durchgeführten Ersatzbewertung des Infrastrukturvermögens wird im Prüfbericht wie folgt ausgeführt:*

*„Diese Wertansatzregelungen widersprechen § 61 Abs. 7 Nr. 4 Buchst. a) SächsKomHVO Doppik, wonach für Grund und Boden von Verkehrsflächen die Ersatzwerte nach § 5 Abs. 1 VerkFIBerG zu ermitteln sind. Danach und gemäß Anlage 1 (Gemeinbedarfsflächen) der BewR E bzw. der Hinweise des SMI zur Erstellung der Eröffnungsbilanz vom 11.09.2013 war der Grund und Boden des Infrastrukturvermögens ersatzweise mit 20 % des Boden(richt)wertes in gleicher Lage belegener bzw. vergleichbarer unbebauter Grundstücke, jedoch mindestens mit 0,10 €/m<sup>2</sup> und höchstens mit 10 €/m<sup>2</sup> in Gemeinden mit mehr als 10.000 EW bis zu 100.000 EW, anzusetzen.“*

Der überörtlichen Prüfungsbehörde wurde versehentlich eine fehlerhafte Anlage 1 der Bewertungsrichtlinie der Stadt Delitzsch zu Prüfzwecken zur Verfügung gestellt. Gleichwohl wurde allerdings auch die von den Vorschriften abweichende Bewertungsmethodik der Stadt dargestellt und ausführlich erläutert.

Ungeachtet der Tatsache, dass eine fehlerhafte Anlage aus der Bewertungsrichtlinie zur Verfügung gestellt wurde, läuft die Prüfungsfeststellung auf den gleichen Sachverhalt – abweichende Bewertung des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens - hinaus.

Die fehlerhafte Anlage der Bewertungsrichtlinie ist daher vollkommen irrelevant.

*In der Stellungnahme des Kämmerers zum Prüfbericht (Staatliches RPA Wurzen und nachrichtlich an das LRA) wird unter TNr. III 1.4.3 ausgeführt:*

*„Von der Bewertungsrichtlinie abweichende Bewertungen von Grund und Boden des Infrastrukturvermögens wurden korrigiert.“*

*Die Prüfung des Sachverhaltes ergab, dass die Aussage falsch ist.*

Die gegenüber dem Staatlichen Rechnungsprüfungsamt abgegebene Stellungnahme bezog sich auf die beanstandeten falschen Werte des versehentlich zur Prüfung übergebenen

fehlerhaften Dokumentes, die mit der Überarbeitung/Anpassung der Bewertungsrichtlinie an die gesetzlichen Vorschriften in der Bewertungsrichtlinie korrigiert wurden. Nicht die Bewertung des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens, sondern die Bewertungsvorschrift wurde korrigiert. Die Aussage ist daher auf Grund ungenauer Ausführung bzw. Formulierung missverständlich.

Im Übrigen, wenn die Verwaltung wie dargelegt an ihrer Auffassung der gewählten objektiveren und sachgerechteren Bewertung des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens festhält, ist eine Aussage hinsichtlich erfolgter Korrekturen unlogisch.

*Die Ersatzbewertung von Grund und Boden des Infrastrukturvermögens ist zu überprüfen und zu berichtigen.*

Die Stadtverwaltung wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde aufgefordert, zum vorstehenden Sachverhalt Stellung zu nehmen. Bis zur abschließenden Prüfung erfolgt keine Berichtigung des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens.

*Geprüft wurde der im Jahr 2013 in der Anlagenbuchhaltung aktivierte Parkplatz Dübener Straße III.*

*Folgende Feststellungen ergab die Prüfung:*

*Aufteilung der Rechnung Straßenbau Kunze GmbH*

*Die Aufteilung erfolgte auf der Grundlage der entstandenen Kosten Verkehrsfläche, Stadtmobiliar, Verkehrsbeschilderung und Grünanlagen. Die Allgemeinkosten (Baustelleneinrichtung, Verkehrssicherung und Bauvorbereitung) wurden prozentual auf der Grundlage der im Jahr 2013 entstandenen Kosten aufgeteilt. Da die Kosten aus 2012 bei der Ermittlung der prozentualen Aufteilung keine Berücksichtigung fanden, ist die Aufteilung der Allgemeinkosten fehlerhaft.*

*Künftig ist darauf zu achten, dass die Schlussrechnung Grundlage für die Ermittlung von Aufteilungsschlüsseln sein muss.*

Das Vorstehende findet stets Beachtung.

Bei dieser Feststellung handelte es sich um eine Maßnahme, die jahresübergreifend in den Umstellungszeitpunkt auf die Doppik (31.12.2012/01.01.2013) fiel und auf Grund der strikten Trennung der Haushaltsjahre auf kameraler bzw. doppischer Basis das Jahr 2012 betreffend unbeachtet blieb.

*Aufteilung der Kosten Zäune und Zuordnung zur Kostenstelle/Sachkonto*

*Die Aufteilung erfolgte in „Zaun im Kita-Gelände“ Kst. 36.52.01.40, „Zaun und Tor im Zufahrtsbereich“ Kst. 54.60.01.00 und „Abgrenzung Parkplatz zu Kita“ Kst. 54.60.01.00.*

*Auf Grund der Baumaßnahme Parkplatz mussten die Zäune der Kita versetzt werden. In diesem Zusammenhang wurden die Zäune „Zaun und Tor im Zufahrtsbereich“ und „Abgrenzung Parkplatz zu Kita“ neu errichtet. Die Zäune sind der Kostenstelle 36.52.01.40 zuzuordnen.*

*Außerdem sind die Zäune den Außenanlagen der Kita zuzuordnen und stellen keine Betriebsvorrichtungen dar (siehe Bewertungsrichtlinie).*

Die entsprechenden Korrekturen wurden vorgenommen.

### 7.9 des Schlussberichts - Darstellungen unter der Vermögensrechnung

Gemäß § 21 Abs. 1 SächsKomHVO-Doppik bleiben die Ansätze für Auszahlungen und Einzahlungen für Investitionen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch für 2 Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Ein Übertragbarkeitsvermerk ist in diesen Fällen nicht erforderlich.

Übertragene Ansätze für Auszahlungen und Aufwendungen nach § 21 SächsKomHVO-Doppik belasten künftige Haushaltsjahre jedoch insofern, als sie sich im betreffenden Haushaltsjahr in der Höhe ihrer jeweiligen Inanspruchnahme auf deren Jahresergebnis auswirken. Aus diesem Grund sind sie unter der Vermögensrechnung (Bilanz) zu vermerken (§ 46 SächsKomHVO-Doppik).

In das Jahr 2014 wurden investive Auszahlungsreste in Höhe von 959.206,85 € übertragen.

Ein Ausweis der investiven Auszahlungsreste wie auch andere Vermerke unter der Vermögensrechnung (Bilanz) ist nach Rücksprache mit KISA programmtechnisch nicht möglich. Eine detaillierte Übersicht hinsichtlich der übertragenen Mittel ist im Übrigen in den Jahresabschlussunterlagen 2013 unter Textziffer 7 – Übersicht zur Übertragung von Haushaltsermächtigungen (Pflichtanlage gem. SächsKomHVO-Doppik-) zu finden.



Schmiech  
Amtsleiter Finanzverwaltungsamt